

Widerstand gegen die Mitgliedschaft

Lüneburg. Die Lüneburger Unternehmerin Anikó Hauch zählt zu den Kammerrebellin. Also jenen Personen, die anprangern, dass für bestimmte Betriebe eine Mitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer Pflicht ist. Sie haben sich im Bundesverband für freie Kammern zusammengeschlossen. Jetzt haben Hauch und andere Rebellen die Kammern in einer bundesweiten Aktion angeschrieben, sie kritisieren einen „wiederholten klaren Verstoß gegen gesetzliche Regelungen“.

Der Hintergrund: Der Dachverband der Industrie- und Handelskammern (DIHK) hatte sich in einer Stellungnahme „im Namen seiner Mitglieder, den 79 Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik“ an das Bundesverfassungsgericht gewandt. Entgegen der Formulierung vertrete der DIHK aber nicht das Gesamtinteresse der Wirtschaft, argumentiert Anikó Hauch.

Sie fordere die IHK Lüneburg-Wolfsburg auf, Stellung zu beziehen, „ob in der hiesigen Vollversammlung neue Beschlussfassungen zu dem anhängigen Gerichtsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bezüglich der Zwangsmitgliedschaft vorliegen“. Ziel der Aktion sei es, langfristig die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern abzuschaffen. lz